



Foto: zlv

SP-Prominenz am Festakt zum 550-Jahr-Jubiläum der Universität Basel: Bundesrat Moritz Leuenberger, BL-Regierungsrat Urs Wüthrich (rechts davon) und BS-Regierungsrätin Eva Herzog (dahinter).

550 Jahre Universität Basel

Eine kritische Würdigung, ein Fazit zum 550. Geburtstag der Universität Basel soll ich schreiben. Nach den klugen, geistreichen, philosophischen und politischen Worten, die zum Auftakt des Jubiläums von Rektoren, Bundesräten und Regierungsräten in Liestal gesprochen worden sind – was kann ich da noch beifügen? Sibylle Schürch

Möglich ist die Würdigung aus Sicht einer Vertreterin vieler Minderheiten im Universitätsrat (Frau, linkes politisches Spektrum, deutlich unter dem Durchschnittsalter). Das Wichtige zuerst: Die Arbeit im Universitätsrat ist äusserst spannend und inspirierend. Die Diskussionen finden auf höchstem Niveau statt, die Sitzungen sind exzellent vorbereitet und geführt. Es ist ein Privileg, auf diese Art einen Teil zur Zukunft unserer Universität beitragen zu dürfen.

Meilensteine der Universität

Die Universität hat in den letzten Jahren einige Umbrüche erlebt, die ihr gut tun und sie prosperieren lassen: Die Verselbständigung in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt, die Unikommission unter der Leitung von Hans-Peter Wessels im Grossen Rat, die Bologna-Reform, die Portfolioplanung, die gemeinsame Trägerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft und die Zusatzmittel beider Parlamente sowie die heutige Strategie 2010 bis 2013.

Drahtseilakt zwischen Wissenschaft und Wirtschaftlichkeit

Die Ökonomie hat Einzug gehalten in der Universität. Das ist wohl einer der markanten Unterschiede zur Vergangenheit. Rektoren sind heute Manager. Die Universität arbeitet mit Kennzahlen, gibt sich eine Strategie, setzt Schwerpunkte, fokussiert beim Mitteleinsatz. Gleichzeitig strebt sie weiterhin nach höchsten Forschungsweihen, weiss sie, dass Forschung nie ökonomisch ist, sondern von kostspieligen Fehlschlägen lebt, bis die geniale Idee geboren oder der neue Wirkstoff gefunden ist. Es wird eine stetige Aufgabe der Universität sein, ihren Mittelverbrauch zu rechtfertigen und sich gleichzeitig das unökonomische Forschen ohne Druck zu leisten.

Bauen, Verdichten und Weltklasse-Status

Die Universität ist stark gewachsen und braucht mehr Platz. 1960 studierten 2497 Personen an der Universität, 1990 waren es 6950, und 2009 wurde die Grenze von 12 000 überschritten. Die Räumlichkeiten der Universität sind mittlerweile über die ganze Stadt verstreut. Seit ein paar Jahren verfolgt die Universität zusammen mit der Regierung das Ziel einer Verdichtung der Universitätseinheiten an wenigen Standorten, der Petersgraben und das Schällemätteliareal sind bereits gesichert. Bauen ist letztlich auch eine Voraussetzung für den Weltklasse-Status, den die Uni in einigen Forschungsgebieten anstrebt oder halten möchte. In den

forschungsintensiven Life-Science-Fächern spielt die Infrastruktur eine wesentliche Rolle – daher kommt es, dass das Biozentrum gleich ganz neu gebaut werden soll. Vieles wird noch kommen, wie die Frage nach weiteren städtischen Standorten oder einem Campus im Kanton Basel-Landschaft.

Die Rolle der Politik

Seit der Verselbständigung hat die Politik eine andere Rolle. Wie diese ausgestaltet ist, darüber gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Wie auch immer – die Politik ist auch heute aufgerufen, Vorschläge zu machen, Fragen zu stellen, zu loben, zu würdigen und zu kritisieren. Die Frage, wie verbindlich Wünsche und Kritik der politischen Behörden sind, ist eine andere. Die Politik darf selbstbewusst bleiben, sie finanziert einen grossen Teil und ist beim Bauen massgebend. Letztlich hört eine kluge Universität immer hin und nimmt die Hinweise auf. Die Universität möchte in der Region verankert sein und ist auf Aufmerksamkeit angewiesen. Stellen wir uns vor, eine Uni Basel, und die Politik interessiert sich nicht mehr dafür! Das wäre deutlich schlimmer als Einmischung seitens der Politik.

Sibylle Schürch

Mitglied Universitätsrat,
Co-Präsidentin SP-Quartiersverein
Clara/Wettstein/Hirzbrunnen



AGENDA

Samstag, 15. Mai

Sammeltag für die Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien»

in verschiedenen Sektionen

Dienstag, 25. Mai

Brennpunkt BildungGespräch mit Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli
Mehrweckraum Neue Schule Niederdorf, 20 Uhr

Donnerstag, 27. Mai

Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt

Volkshaus, Unionssaal, Rebgasse, 20 Uhr.

Vorstellung und Diskussion des Entwurfs des Parteiprogramms der SP Schweiz

Sekretariat SP Baselland, Rheinstrasse 17, 4410 Liestal, 19–21 Uhr

Samstag, 29. Mai

Frauen-Frühlings-Treffen der SP-Frauen BL

Führung durch die Eremitage und anschliessendem Apéro, 14 Uhr Eremitage Arlesheim, 14–17 Uhr

Mittwoch, 2. Juni

HeuBar, für GenossInnen und solche, die es werden wollen.

Polit-Diskussionen, Klatsch und Gespräche. Immer am ersten Mittwoch im Monat 18–21 Uhr

Samstag, 5. Juni

Sammeltag für die Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien»

in verschiedenen Sektionen

Montag, 14. Juni

Parteivorstand SP Basel-Stadt

Gewerkschaftshaus, Grosser Saal, 1. Stock, 20 Uhr

Getrübler Blick durch die Windschutzscheibe

Dem Referendum gegen die Parkraumbewirtschaftung gebührt eine deutliche Abfuhr. Dieter Wüthrich

Mehr als die Hälfte der basel-städtischen Bevölkerung besitzt kein eigenes Auto. Und zahlt heute mit ihrem Steuerbatzen trotzdem brav für eine zentralörtliche Dienstleistung, ohne diese in Anspruch zu nehmen geschweige denn verlangt zu haben. Jene hingegen, die glauben, aufs Auto in der Stadt nicht verzichten zu können, haben natürlich gut lachen angesichts tausender unbeschränkt nutzbarer Gratisparkplätze. Wenn es nach dem Willen des Gewerbeverbandes Basel-Stadt geht, soll dies auch in Zukunft so bleiben. Für die «Malamänner» ist die kostenlose automobiler Belegung des immer kostbarer werdenden

Allmendbodens offenbar verbrieftes Menschenrecht. Einmal mehr zeigt sich: Die Optik durch die Windschutzscheibe ist eben oft sehr getrübt, mindestens aber eingengt. All jenen, die gegen die

vergleichsweise nach wie vor sehr günstige Anwendung des Verursacherprinzips auch beim ruhenden automobilen Verkehr Sturm laufen, sei deshalb dringend empfohlen: Aussteigen und die Sache einmal ganz nüchtern bzw. frei von gewerbepolitischen Scheuklappen betrachten.

Antwort schuldig geblieben

Bis heute sind die Gegner des Rahmenkredites für die Parkraumbewirtschaftung eine plausible Antwort schuldig geblieben, weshalb in Basel nicht funktionieren soll, was in Bern und Zürich, aber auch in Birsfelden und zahlreichen anderen Baselbieter Gemeinden schon Jahre gelebt und bewährte Praxis ist.

Wir lassen uns aber nicht für dumm verkaufen und sagen deshalb am 13. Juni JA zur Parkordnung. www.parkordnung.ch



Mehr ist manchmal weniger

Die Mobilfunkantennen-Initiative bietet keine taugliche Lösung zur Reduktion der Strahlenbelastung. Dieter Wüthrich

Ohne sie geht heute kommunikationsmässig fast gar nichts mehr. Doch so unverzichtbar Handys in unserem heutigen Alltag erscheinen, so sehr scheidet die Frage nach den möglichen gesundheitlichen Langzeitfolgen der Mobilfunk-Strahlung die Geister.

Die kantonale Initiative «gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs» ist zwar gut gemeint, bietet tatsächlich aber nur eine Scheinlösung. Sie setzt für den Kanton nämlich einen gesetzlichen Handlungsspielraum voraus, den dieser gar nicht hat. Denn massgebend für die Bewilligung oder eben Ablehnung einer Mobilfunkantennen-Anlage ist al-

lein die vom Bund erlassene Verordnung über den Schutz vor der so genannten nicht ionisierenden Strahlung. Der Kanton kann also nur bei seinen eigenen, nicht aber bei privaten Liegenschaften Einfluss auf die Montage von Mobilfunkantennen nehmen.

Die Mobilfunkantennen-Betreiber sind im Rahmen ihrer Konzession dazu verpflichtet, die bestmögliche Versorgung zu bieten. Deshalb müssten sie im Falle eine Annahme der Initiative ihre Antennen auf privaten, häufig ungünstig gelegenen Liegenschaften installieren – mit einer entsprechend stärkeren Leistung. Die Folge davon wären so genannte Hotspots mit einer entsprechend höheren Strahlenbelastung.

Der Gegenvorschlag des Regierungsrates sieht hingegen vor, die Installation neuer Mobilfunkantennen-Anlagen so zu koordinieren, dass die Strahlenbelastung

insgesamt minimiert wird. Die Annahme des Gegenvorschlages kann zwar dazu führen, dass die Zahl der Mobilfunkantennen-Anlagen auf Kantonsgebiet insgesamt erhöht wird. Weil mit einer besseren geografischen Verteilung aber gleichzeitig die Strahlung der einzelnen Antenne ohne Einbusse der Leistung gesenkt werden kann, reduziert sich auch die Gesamtstrahlenbelastung.

Fazit: Mehr kann manchmal auch weniger und damit besser sein. Die SP Basel-Stadt sagt deshalb NEIN zur Initiative «gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs» und JA zum Gegenvorschlag des Regierungsrates.



Dieter Wüthrich
Co-Leiter Parteisekretariat
SP BS

Für sauberen Boden und sauberes Trinkwasser

Die SP Baselland hat an ihrer Geschäftsdelegiertenversammlung vom 24. April eine dreifache Ja-Parole zu den Abstimmungen vom 13. Juni gefasst: **Ja zur Trinkwasser-Initiative, Ja zur Totalsanierungs-Initiative, Ja zum Gegenvorschlag;**

Stichfrage: für die Initiative. Ruedi Brassel

Sanierung der Muttenzer Chemiemüll-Deponien

In den drei Muttenzer Deponien Margelacker, Feldreben und Rothausstrasse wurde bis 1957 giftiger Chemie- und Pharmamüll abgelagert. Danach wurden die drei Deponien mit unproblematischem Müll aufgefüllt. Wenn nun saniert werden muss, dann wegen der problematischen Stoffe der Zeit vor 1957. Diese machen zwar nur zwei bis fünf Prozent des gelagerten Mülls aus. Doch sie sind die Ursache der Misere und dementsprechend muss auch das Verursacherprinzip greifen.

Dieser Chemie- und Pharmamüll ist aber nicht nur eine Bedrohung für die künftigen Generationen und das Trinkwasser von 200 000 Menschen in der Region. Er verhinderte bisher auch eine sinnvollere Nutzung der betroffenen Areale in Muttenz. Nicht zuletzt im Hinblick auf die in diesem Gebiet vorgesehene Fachhochschullandschaft müssen Lösungen gefunden werden. Nachdem das Problem bis zu Beginn unseres Jahrtausends jahrzehntelang ausgeblendet und verharmlost worden war, kam in den letzten Jahren auch eine angestrebte konsensuale Lösung am runden Tisch nur schleppend voran. Es braucht den Druck der Initiative, damit die Altlastenproblematik konsequent angegangen und nachhaltig gelöst wird.

Ja zur Totalsanierungs-Initiative – trotz Mängeln

Die Initiative verlangt, dass die drei Muttenzer Deponien Margelacker, Feldreben und Rothausstrasse «totalsaniert» werden. Welche Methoden da anzuwenden sind, ist nicht klar definiert. Da es sich aber um eine «unformulierte

Initiative» handelt, die nach einer Annahme noch in konkreten gesetzlichen Bestimmungen genauer gefasst werden muss, besteht ein Spielraum. Das heisst, dass nicht zwingend eine Entfernung des gesamten belasteten Materials nötig ist. Aber es muss eine dauerhafte, sichere Sanierungslösung her. Diese muss über die blosser Überwachung hinausgehen, die der Kanton für den Margelacker und an der Rothausstrasse vorsieht. Denn damit wäre das Chemiemüll- und Trinkwasserproblem nicht gelöst.

Konsequentes Verursacherprinzip

Die Initiative stellt auch klar, dass die Kosten für die Totalsanierungen durch die Verursacher getragen werden müssen. Der Landrat hat dieser Initiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt. Der Gegenvorschlag beschränkt sich aber darauf, den Regierungsrat zu beauftragen, die laufenden Verhandlungen «zügig zum Abschluss zu bringen» und eine «über die gesetzlichen Verpflichtungen hinausgehende Mitfinanzierung» durch die Chemisch-Pharmazeutische Industrie anzustreben. Damit geht der Gegenvorschlag nicht wesentlich weiter als der Status quo. Zwar ist auch ihm zuzustimmen. Um wirklich voranzukommen, braucht es den Druck der Initiative auf die Verursacher und die Behörden. Deshalb ist in der Stichfrage die Initiative zu favorisieren.

Ja zur Trinkwasser-Initiative

Sauberes Trinkwasser ist ein elementares Recht für alle Menschen. Der Chemie- und Pharmamüll in verschiedenen Deponien bedroht und verschmutzt Basel-



bieter Trinkwasser. Bisher wurden die meisten Kosten für die Untersuchung des Trinkwassers sozialisiert. Jetzt, wo das Trinkwasser endlich aufbereitet werden muss, sollen auch diese Kosten von den Trinkwasser-KonsumentInnen beziehungsweise von der öffentlichen Hand getragen werden. Das geht nicht. Die Kosten müssen von den Verursachern bezahlt werden. Das verlangt die Initiative «Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchungen und -aufbereitung bezahlen».

«Farbenspiel» und «Falsches Spiel»

Wer mehr über die Hintergründe der Chemiemüll-Problematik in unserer Region erfahren will, ist mit zwei Büchern des Basler

Umwelthistorikers Martin Forter bestens bedient. Das umfangreiche Werk «Farbenspiel» (Chronos Verlag, 2000) fördert die Vergrabungs- und Verdrängungspraktiken von Chemie und Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert drastisch vor Augen. Im eben erschienenen Buch «Falsches Spiel» (Chronos Verlag 2010) zeigt Martin Forter auf, dass die Chemie auch nach dem Inferno von Schweizerhalle 1986 ihre Umweltstrategie nur ändert, wenn der öffentliche Druck sie dazu zwingt.



Ruedi Brassel
ist Landrat und Sekretär
der SP Baselland

Silvio Tondi und die Wahlkampforganisation

Wenn die SP Baselland bereits gut in den Startblöcken für die nächsten Wahlen steht, ist das nicht zuletzt das Verdienst von Silvio Tondi. Ruedi Brassel

Wer aber ist Silvio Tondi? Was für eine Frage, denken jene, die ihn noch als langjährigen Co-Redaktor des links.bs-bl kennen, ja bereits noch aus den Zeiten der Vorgängerzeitung Spektrum. Aber auch in anderen Funktionen hat sich Silvio in der SP Baselland verdient gemacht. So leitete er die Kommission für Öffentlichkeitsarbeit, war bis vor seinem



kürzlich erfolgten Umzug nach Reinach Co-Präsident der SP Münchenstein und amtiert seit zwei Jahren als Vizepräsident der SP Baselland. Beruflich wirkte er seit Mitte der 90er-Jahre als RAV-Leiter und Kommunikationsverantwortlicher in Reinach. Seit letztem Herbst arbeitet er als stellvertretender Leiter der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing im Präsidiabüro des Kantons Basel-Stadt und zeichnet dort im Besonderen für die Fachstelle Trinationale Zusammenarbeit verantwortlich.

Silvio Tondi ist also ein Kommunikations- und Organisationsprofi, was sich auch in der professionellen Konzeption der Wahlkampforganisation niedergeschlagen hat. Diese besteht aus verschiedenen Ressorts, mit jeweils zuständigen Arbeitsgruppen: Inhalte/Strategie (Ruedi Brassel), Kommunikation (Miriam Dürr), Sektionen (Regula Müller), Zielgruppen/Netzwerke (Regula Meschberger). Diese Verantwortlichen sind – zusammen mit dem für die Finanzen verantwortlichen David Meier sowie Philipp Bollinger und natürlich Silvio Tondi – Mitglieder des steuernden Campaigning-Teams. Die Arbeitsgruppen öffnen nicht nur den Kontakt zu den Sektionen und Zielgruppen,

sie ermöglichen es auch, Anregungen und die Mitarbeit von weiteren Personen zu integrieren. Ziel ist es, die ganze Partei im Hinblick auf die Wahlen in Bewegung zu setzen. Ja, zur Bewegung zu werden, die endlich den ökologischen und sozialen Umbau des Baselbiets in Angriff nimmt. Dies natürlich nicht nur mit den Wahllisten, sondern auch mit den von uns lancierten und in Aussicht genommenen Initiativen: die kantonale Initiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, die Steuergerechtigkeits-Initiative, die Cleantech-Initiative, die 1:12-Initiative der JUSOs und die geplanten Initiativen für einen Mindestlohn und für kantonale Familien-Ergänzungsleistungen.

BÜRGERGEMEINDEWAHLEN 2011

Die SP steht in der Pflicht

Die Diskussion darüber, ob die Bürgergemeinde der Stadt Basel nun endlich abgeschafft oder eben doch besser erhalten werden soll, wiederholt sich in der SP seit Jahren mit schöner Regelmässigkeit. Manche Parteimitglieder mögen dieses bürgerlich dominierte Gebilde für einen politischen Anachronismus halten. Tatsache ist aber, dass die Bürgergemeinde mit ihren zahlreichen, personalintensiven Institutionen wie dem Bürgerspital oder dem Bürgerlichen Waisenhaus nach wie vor eine der grössten Arbeitgeberinnen in unserem Kanton ist. Und als Partei, die sich seit jeher als Vertreterin der Arbeitnehmenden definiert, können der SP die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen bei der Bürgergemeinde nicht egal sein.

Ein zweites gewichtiges Argument für eine Weiterführung des sozialdemokratischen Engagements sind die beträchtlichen finanziellen Mittel, die die Bürgergemeinde über die Christoph Merian Stiftung jedes Jahr an Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen insbesondere im

Kulturbereich und im Sozialwesen vergibt. Würde sich die SP aus Bürgerrat und Bürgergemeinderat verabschieden, verlöre sie auch jegliche Mitbestimmung über die Verwendung dieser für das kulturelle und soziale Leben in unserer Stadt unerlässlichen Mittel. Und dies kann mit Sicherheit keine Option sein.

Eine weitere Kernaufgabe der Bürgergemeinde ist das Einbürgerungswesen. Die bisherige Ein-

bürgerungspolitik, die sich durch Aufgeschlossenheit und Gewissenhaftigkeit auszeichnete, gilt es auch in Zukunft zu bewahren und wenn notwendig neu zu gestalten. Auch dafür muss und will sich die SP einsetzen.

Parteilitung und -vorstand bekennen sich deshalb ausdrücklich zur politischen Verantwortung der SP Basel-Stadt in der Bürgergemeinde. Damit verbunden ist die Überzeugung, dass nur eine

Reform von innen heraus die politischen Mehrheitsverhältnisse in der Bürgergemeinde zu Gunsten der SP und ihrer Verbündeten zu verändern vermag.

Im Hinblick auf die Gesamtrenovierungswahlen der Bürgergemeinde im kommenden Jahre muss deshalb die Devise heissen: Jetzt erst recht! Wir wollen zusammen mit dem Grünen Bündnis die Mehrheit im Bürgergemeinderat!

EINBÜRGERUNGS-AKTION

Hast du Interesse, bei den Gesamtrenovierungswahlen des Bürgergemeinderates im Mai 2011 zu kandidieren und allenfalls in der Bürgergemeinde mitzuarbeiten, bist aber noch nicht Basler Bürger/in? Hier in aller Kürze, wie du das ändern kannst: Für Schweizerinnen und Schweizer dauert das Einbürgerungsverfahren rund drei bis sechs Monate. Voraussetzung ist, dass man mindestens drei Jahre ununterbrochen im Kanton Basel-Stadt und ein Jahr in der Gemeinde Basel gewohnt hat.

Weitere Informationen bekommst du im Stadthaus, Stadthausgasse 13, Tel. 061 269 96 10 oder per Mail stadthaus@buergergemeinde.ch bzw. auf der Website

der Bürgergemeinde www.buergergemeindebasel.ch. Vergünstigte Einbürgerung vom 17. Mai bis am 30. September 2010: Vom 17. Mai bis zum 30. September bezahlen Einbürgerungswillige lediglich eine einmalige Gebühr von Fr. 100.– statt Fr. 350.– an die Bürgergemeinde. Dazu kommt eine vom Kanton erhobene Gebühr von Fr. 300.– bzw. Fr. 200.–, wenn man auf sein «altes» Gemeindebürgerrecht verzichtet.

Wer sich für das Schweizer Bürgerrecht interessiert, bekommt erste Informationen beim Migrationsamt, Einbürgerung und Aufenthalt, Rittergasse 11, Telefon 061 267 85 59.